

Jenseits des imperial turn

Herfried Münkler, Herfried/Hausteiner, Eva (Hrsg.): Die Legitimation von Imperien. Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert, 239 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

„The Empire is back in Town.“ Zu diesem Schluss kam Michael Cox, als er die Präventivdoktrin der Bush-Administration umschrieb. Fürwahr hatte die Wissenschaft die Ordnungskraft des imperialen Modells wiederentdeckt. Der Imperiumsbegriff trat in den Wettstreit mit Konzepten wie Hegemonie, *Global Governance* und Unipolarität. Seine Definition wurde verfeinert, sein analytischer Mehrwert untermauert, die Handlungslogiken der Imperien offengelegt.

Weitgehend ausgeblieben sind demgegenüber komplexere Überlegungen zur Legitimation imperialer Herrschaft. Dies mag daran liegen, dass Imperien tendenziell als illegitim betrachtet werden. Immerhin stehen sie wegen ihrer hierarchischen Politikstile und Gewaltbereitschaft seit jeher in der Kritik. Ein besonderer Legitimationszwang entstand für die Imperien im 19. und 20. Jahrhundert, im Konflikt mit dem erstarkten Ordnungskonzept der Nation, mit ihren Ideen von Partizipation und Volkssouveränität. Wie imperiale Entscheider mit dieser Herausforderung umgingen, ob sie ihre Legitimationsstrategien anpassten, und inwiefern ihre Herrschafts begründung von der nationaler Eliten divergiert, darum dreht sich der Sammelband „Die Legitimation von Imperien“.

Implizit durchziehen die Veröffentlichung vier Teilbereiche. Eingangs diskutieren Eva Hausteiner und Herfried Münkler die Spezifika nationaler und imperialer Legitimationsformen. Während erstere eine idealtypische Unterscheidung beider Muster vollzieht, relativiert letzterer diese Trennung, indem er Filiation und Translation als in der Praxis konkurrierende, imperiale Legitimationsmuster identifiziert. Dass hierbei Probleme entstehen können, beweist Jörn Leonhard an den multiethnischen Imperien im 19. Jahrhundert, die sich nationaler Legitimationsstile bedienten, dadurch aber letztlich ihre Autorität untergruben.

Die zweite Sektion blickt genauer auf das Handeln imperialer Eliten. Daniel Hildebrand betrachtet das Rüstungsverhalten antiker und moderner Imperien auf dem Zenit ihrer Macht. Er veranschaulicht, wie die Postmoderne auf zeitgenössische Imperialmächte wirkt, und es ihren Führungen unmöglich macht, die augus-

teische Schwelle zu überschreiten, also ihre Herrschaft qua Abrüstung und Mäßigung zu konsolidieren. Mathias Eichhorn kritisiert hingegen, ausgehend von der Theologie Reinhold Niebuhrs, den ‚Realismus‘, wie ihn Henry Kissinger als außenpolitische Leitlinie vertritt, als unmoralisch und plädiert für ein progressives, liberal-demokratisches *American Empire*.

Daran anknüpfend, betrifft der dritte Themenkomplex die seit Rom bestehende Konkurrenz zwischen *Imperium et Libertas*. Am britischen Diskurs im 19. Jahrhundert demonstriert Benedikt Stuchtey, dass sich beide Begriffe für die Zeitgenossen nicht ausschlossen, sondern die liberalen Werte des Zentrums eine rationale und aufgeklärte Herrschaft über die Kolonialgebiete rechtfertigten. Sebastian Huhnholz zeichnet in diesem Kontext ein Bild von den USA als Imperium, das sich zwar anti-imperial definiert, daraus jedoch eine legitime und expansive Weltmachtrolle ableitet.

Schließlich arbeitet der Sammelband heraus, mit welchen Legitimationsstrategien es Imperien gelingt, politische Regeln und Maßstäbe an ihre Bedürfnisse anzugleichen. Hierzu skizziert Christian Lekon mit Hilfe britischer Kolonialliteratur, wie der Herrschaftsanspruch des *British Empire* nicht nur die Aneignung von Raum, sondern sogar die Bestimmung von Zeit umfasste. Zuletzt hebt Andreas Lotz die Deutungsmacht der Imperien hervor, die fähig sind, legitime Feinde und Partner als Piraten im ciceronischen Sinne zu diffamieren, sie also außerhalb der menschlichen Gemeinschaft zu verorten, und mit entsprechender Härte zu bekämpfen. Dabei verweist er auf die amerikanische Praxis, unliebsame Regime als Schurkenstaaten einzustufen, und feindliche, scheinbar ‚illegale‘ Kombattanten in den Terroristenstand zu heben und sodann zu entrechtchen.

Die Publikation kann überzeugen. Ihr gelingt es, die Vielschichtigkeit imperialer Legitimationsmuster und -strategien auszuarbeiten. Großes Lob gebührt dem Aufbau der Beiträge, die ihre theoretischen Reflexionen stets mit Hilfe konkreter historischer Beispiele prüfen. Dadurch wird das Verständnis komplexer Sachverhalte erheblich erleichtert. Zusätzlich suchen die Aufsätze durch die Bewertung und Analyse von China und den USA durchweg den Gegenwartsbezug. Nicht nur wird damit dem Leser die aktuelle Relevanz der Forschung verdeutlicht, es wird auch weiteres Nachdenken stimuliert. Was etwa lässt sich aus Ansätzen imperialer Rechtfertigung für die Eurokrise lernen? Und stehen heutige Imperien nicht der augusteischen, son-

dem einer multilateralen Schwelle gegenüber, bei der es darum geht, die eigene Herrschaft durch Institutionalisierung und Kooperation zu garantieren?

Abschließend ist es von Wert, sich den Essay von Daniel Hildebrandt ins Gedächtnis zu rufen. Darin konstatiert er, dass auch Imperien dem Zeitgeist nicht entfliehen können. Den Autorinnen und Autoren des Sammelbandes ist diese ‚Flucht‘ dagegen gelungen. Sie legten ihr Augenmerk auf die imperiale Legitimation in einer Zeit, in der von *imperial turn* keine Rede mehr war, in der von den USA kaum einer mehr als Imperium sprach. Und dennoch lieferten sie wertvolle Einsichten in ein Thema, das sich auch zukünftig als wirkmächtig erweisen wird. Denn Veränderungen mag es geben, und Wandel sich abzeichnen, doch ein Ordnungsmodell hat bisher ausgesprochen adaptiv auf neue Umstände reagiert, und seinen Fortbestand trotz aller Widrigkeiten nicht nur gesichert, sondern legitimiert: das Imperium.

Berlin

Tobias Fella

Medienpolitik in defekten Demokratien

Klinger, Ulrike: Medienmonopole in defekten Demokratien. Media Governance und die Aushandlung von Pluralismus in Italien und Mexiko, 303 S., Nomos, Baden-Baden 2011.

Die Güte einer Demokratie steht in einem Wechselverhältnis zur Güte der Medienfreiheit. Nur in der Demokratie können die Medien ihrer öffentlichen Aufgabe adäquat nachkommen; zugleich ist die Freiheit der Medien ein bestimmendes Merkmal von Demokratien. Ausgehend von den Konzepten der eingebetteten und daraus abgeleitet der defekten Demokratie sowie unter Rückgriff auf die Vetospieler-Theorie überprüft Ulrike Klinger, wie sich der Defekt auf die Medienstruktur eines Landes auswirkt. Die Autorin geht – in ihrer Argumentation die Kausalitätsrichtung wechselnd – dem Verhältnis von Medienoligopolen und defekten demokratischen Systemen nach, wobei sie sich auf die Regulierung von Rundfunkkonzentration fokussiert. Klinger vertritt die These, dass sich eine Konzentration von Medien in eben diesem Sektor negativ auf die Güte einer Demokratie auswirkt, obwohl die einschlägige

Literatur bisher eher entsprechende Befürchtungen als eindeutige empirische Befunde aufbietet.

Als Beispiele defekter Demokratien, in denen das Wahlregime zwar funktioniert, die aber Mängel in Teilregimen der eingebetteten Demokratie aufweisen, wählt Klinger Italien und Mexiko: Italien als nicht mehr und Mexiko als noch nicht konsolidierte Demokratie. Beiden ist eine erhebliche und – nach Klingers Diagnose – politisch gewünschte Konzentration im Rundfunksektor gemein. Für diese Länder untersucht sie anhand von drei Fallstudien, wie Medienoligopole Medienpolitik betreiben, Wettbewerb verhindern und Wahlkämpfe manipulieren. Das Vorgehen ist deskriptiv, gestützt durch zehn in Mexiko und vier in Italien durchgeführte ‚leitfadengestützte qualitative Experteninterviews‘. Die Auswahl der Experten erscheint zufällig; drei Interviewpartner bleiben anonym, was indessen dem Sinn von Experteninterviews widerspricht.

Im Ergebnis sieht Klinger ihre Annahmen weitgehend, wenn auch mit Einschränkungen, bestätigt. So gelangt sie zu dem Schluss, dass Medienunternehmen auch in defekten Demokratien zwar nicht grundsätzlich unter Manipulationsverdacht zu stellen sind, sie sehr wohl aber versuchen, Medienpolitik zu beeinflussen und damit gelegentlich erfolgreich sind. Sie stellt weiter fest, dass Medienoligopole ebenso wie politische Blockaden den Wettbewerb beziehungsweise Marktzutrittschancen verhindern. Hinsichtlich der vermuteten Manipulation von Wahlkämpfen lautet schließlich der Befund, dass auch Medienoligopole Erwartungen an faire und ausgewogene Berichterstattung gerecht werden.

Dieses Buch geht auf eine Dissertation aus dem Jahr 2009 zurück, was einige inhaltliche Probleme mit sich bringt. Einerseits wurden die Interviews bereits 2006 geführt. Andererseits hat es seither in den beiden von Klinger betrachteten Staaten wichtige politische Verschiebungen gegeben: In Italien ist Medienmogul Berlusconi, der in seiner Zeit als Ministerpräsident nicht nur die Mediengesetzgebung, sondern auch den öffentlichen Rundfunk beeinflussen konnte, derzeit nicht an der Macht. In Mexiko hat die *PR*, die das Land über Jahrzehnte beherrscht hatte und erst 2000 abgelöst worden war, bereits nach zwölf Jahren wiederum die Regierung übernommen. Es stellt sich also nicht nur bereits die Frage der Aktualisierung, sondern auch die nach den Konsequenzen, die